



8. Jahrgang • Nr. 56

Dezember 2009

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann: Die SPD nimmt als starke Oppositionspartei Fahrt auf

WAHLKREIS

- 3 Das Arbeiterteam von Martin Dörmann
- 3 Öffnungszeiten der drei Kölner Bürgerbüros
- 3 Neujahrsempfang der SPD Porz/Poll mit Hannelore Kraft am 21. Januar
- 3 Amtliches Endergebnis zur Bundestagswahl
- 4 SPD stellt Bezirksbürgermeister für Porz und Kalk

KÖLN

- 4 Konstituierende Sitzung des Rates
- 4 SPD nominiert Landtagskandidatenteam

BUNDESTAG

- 5 Neue Aufgaben in Berlin für Martin Dörmann im Bereich Wirtschaft und Medien
- 6 Mitglieder in den beiden Ausschüssen von Martin Dörmann
- 6 Die neue Führung der SPD-Fraktion
- 7 SPD-Fraktion besetzt Funktionen in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen
- 7 SPD will Arbeitsteilzeit weiter fördern
- 8 Deutliche Kritik an Regierungserklärung und Koalitionsvertrag
- 10 SPD-Fraktion fordert Kommunal-Ausschuss
- 11 „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

SPD-BUNDESPARTEITAG

- 12 Rede Sigmar Gabriels begeistert Delegierte

- 13 Der neue SPD-Parteivorstand
- 13 Sonderausgabe der Berlin Depesche
- 14 Abschied für Franz Müntefering
- 15 Leitantrag
- 16 Programmatische Rede Erhard Epplers

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Sigmar Gabriel

INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen, Büros, Impressum



Sigmar Gabriel neuer SPD-Parteivorsitzender

Die SPD konnte in Dresden einen Parteitag des Aufbruchs feiern und wählte Sigmar Gabriel mit überwältigender Mehrheit zum neuen Vorsitzenden

SPD-Bundesparteitag in Dresden

Ergebnisse und Infos ab Seite 12

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 27.11.2009

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Die SPD nimmt als starke Oppositionspartei Fahrt auf Die Bundestagsfraktion setzt erste Akzente, der Parteitag ein Aufbruchssignal

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD ist als Opposition deutlich besser gestartet als die neue schwarz-gelbe Regierung.

Der **Parteitag in Dresden** hat ein echtes **Aufbruchssignal** gesetzt. **Sigmar Gabriel** hat mit seiner fulminanten Rede und einer ehrlichen Analyse nicht nur die Parteitagsdelegierten überzeugt.

Die **offene Aussprache** über die Gründe für die schwere Wahlniederlage der SPD wurde für eine konstruktive, nach vorne gerichtete Debatte genutzt. Und der beschlossene **Leitantrag** hat Defizite klar benannt und konkrete Aufgabenstellungen für die politische Diskussion in den nächsten Monaten festgelegt. Diese gilt es nun konsequent anzugehen und in **glaubwürdige neue Konzepte** umzusetzen. In diesen notwendigen und sicherlich nicht immer einfachen Prozess wird die gesamte Partei einbezogen.

Sigmar Gabriel hat in seiner Rede eine überzeugende Beschreibung der „Mitte“ in Deutschland geliefert. Diese darf man sich nicht als statisch vorstellen. Vielmehr muss die SPD als Volkspartei stets den Anspruch haben, die **Deutungshoheit über die Mitte unserer Gesellschaft** zu erlangen.

Die Chancen hierfür sind besser als das die letzten Wahlergebnisse nahe legen. Umfragen belegen, dass die **Werte und Ziele der SPD** von einer breiten **Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger** geteilt werden – vom **Mindestlohn** über **soziale Gerechtigkeit** bis hin zu einem modernen **Familienbild** und unserem Einsatz für eine **gute Bildung für alle**.

Dennoch sind die Herausforderungen für die Sozialdemokratie groß. Woran es derzeit insbesondere mangelt, ist das Zutrauen der Menschen, dass die SPD ihre Ziele auch tatsächlich umsetzen kann. Und beim diesmal wahlentscheidenden Thema der **Wirtschaftskompetenz** schneiden Union und FDP traditionell deutlich besser ab.

Eigentlich ist dies angesichts der widersprüchlichen und sachlich wenig überzeugenden schwarz-gelben Politik nur schwer nachvollziehbar. Schließlich sind die entscheidenden Konzepte zur Krisenbewältigung mit den sozialdemokratischen Namen **Frank-Walter Steinmeier (Konjunkturpakete)**, **Peer Steinbrück (Bankenrettung)** und **Olaf Scholz (Kurzarbeitergeldregelung)** verbunden. Nur durch die von ihnen durchgesetzten Programme steht Deutschland heute besser da als vergleichba-

re Industrienationen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat nun in ihrer neuen Rolle als Opposition die ersten deutlichen Akzente gesetzt. Unser neuer Fraktionsvorsitzender und damit Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier hat bei der **Debatte um die Regierungserklärung** von Kanzlerin Angela Merkel die eindeutig bessere Figur gemacht und vor allem die stärkeren Argumente vorgetragen.

Die Regierungserklärung blieb so blass und nebulös wie der **schwarz-gelbe Koalitionsvertrag**, der zahlreiche Kommissionsaufträge und wenige konkrete Festlegungen enthält. Der ständige **Streit** zwischen den „Koalitionspartnern“ um die richtige Auslegung belegt dies fast täglich.

Immerhin wird allerdings bereits eine Grundrichtung erkennbar. Durch **Steuergeschenke auf Pump** wird der **Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geschwächt**. Weil Gering- und Normalverdiener am Ende über die letztlich provozierten höheren Abgaben draufzahlen werden, während obere Einkommen profitieren. Und zwar zu Lasten der zukünftigen Generationen, deren Gestaltungsmöglichkeiten angesichts weiter wachsender **Staatsverschuldung** zunehmend schmelzen.

Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung ist deshalb in Wahrheit ein **Zukunftsverhinderungsgesetz**. Denn es vergrößert das strukturelle Haushaltsdefizit nachhaltig und verhindert so, dass Länder und Kommunen ihren Aufgaben angemessen nachkommen können, etwa im Bereich der Bildungsfinanzierung. Und im Hinblick auf die beabsichtigte **Gesundheitsreform** treten Union und FDP das **Solidarprinzip** mit Füßen.

In unserer **Demokratie** hat auch die **Opposition** eine wichtige Aufgabe. Wir kontrollieren und kritisieren die Regierung.

Die SPD hat diese Rolle offensiv angenommen und wird **bessere Alternativen** herausarbeiten. Damit die schwarz-gelbe Regierungszeit möglichst kurz wird.

Herzlichst

Euer



Das Arbeiterteam von Martin Dörmann in Köln

Auch zukünftig wird das **Bürgerbüro Porz** Haupt-Wahlkreisbüro von Martin Dörmann sein. Ergänzt wird es wie bisher durch das **Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten** in der Innenstadt sowie das **Bürgerbüro Kalk**, das er gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Gatter unterhält.

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode gibt es im Bürgerbüro Porz personelle Veränderungen. Ausgeschieden ist die bisherige Büroleiterin **Elke Heldt**. Martin Dörmann: „Ich möchte Elke Heldt auch an dieser Stelle sehr herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken! Ich wünsche ihr alles Gute für ihre Zukunft. An anderer Stelle werden wir sie noch gebührend würdigen und verabschieden.“

Seine bewährte Tätigkeit im Bürgerbüro fortführen wird **Tim Cremer**. Er wird dort donnerstags und freitags ansprechbar sein.

Neu hinzugestoßen ist nun **Assen Kochev**, der dienstags und mittwochs im Bürgerbüro arbeitet. Er ist 27 Jahre alt und studiert Betriebswirtschaft an der Uni Köln. Bereits mit 16 ist er in die SPD eingetreten und hat bei Tätigkeiten für die Partei bzw. SPD-Abgeordnete bereits einige Erfahrungen

sammeln können, etwa bei Bundestags- und Landtagswahlkämpfen oder bei der Pressestelle der NRWSPD.



Assen Kochev, Renate Dinkelbach und Tim Cremer

Wie bisher bleibt **Renate Dinkelbach** Mitarbeiterin der drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten im Gemeinschaftsbüro in der Innenstadt.

Ralf Steinmeier wird weiterhin die Homepage von Martin Dörmann als Webmaster betreuen.

Für die ausgeschiedene SPD-Abgeordnete Lale Akgün übernimmt Martin Dörmann zusätzlich die **Betreuung des Stadtbezirks Rodenkirchen sowie der südlichen Innenstadt**.

Aktuelle Öffnungszeiten der drei Kölner Bürgerbüros

SPD-Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Dienstag bis Donnerstag: 10:00 bis 18:00 Uhr

Freitag: 10:00 bis 17:00 Uhr

SPD-Bürgerbüro Kalk

Montag bis Mittwoch: 9:00 bis 12:00 Uhr

Donnerstag bis Freitag: 14:00 bis 17:00 Uhr

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Montag bis Donnerstag: 9:00 bis 18:00 Uhr

Freitag: 9:00 bis 15:00 Uhr

Zwischen Weihnachten und Neujahr sind die Büros geschlossen.

Die **Adressen** der Büros stehen auf der letzten Seite.

Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Gastrednerin:

Hannelore Kraft, MdL

Vorsitzende der SPD in NRW

Donnerstag, 21. Januar 2010, 19:00 Uhr

(Einlass: 18:00 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln-Porz



Amtliches Endergebnis zur Bundestagswahl im Wahlkreis Köln I

Gegenüber der Auszählung am Wahlabend wurde das amtliche Wahlergebnis im Bundestagswahlkreis 94 (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt) noch etwas korrigiert, der Vorsprung von Martin Dörmann erhöhte sich dadurch leicht auf 1.743 Stimmen.

Bei den Erststimmen ergaben sich folgende Zahlen:

Martin Dörmann (SPD)	43.837 Stimmen (35,0 %)
Ursula Heinen (CDU)	42.094 Stimmen (33,6 %)
Max Löffler (Grüne)	10.902 Stimmen (8,7 %)
Alexander Vogel (FDP)	15.557 Stimmen (12,4 %)
Cindy Kolter (Die Linke)	10.614 Stimmen (8,5 %)

SPD stellt die Bezirksbürgermeister für Porz, Kalk und Innenstadt

Nach der Kommunalwahl stellt die SPD im Bereich des Bundestagswahlkreises nun zwei neue Bezirksbürgermeister, die jeweils CDU-Amtsträger ablösen. In Porz wurde **Willi Stadoll** (SPD), in Kalk **Markus Thiele** (SPD) und in der Innenstadt

Andreas Hupke (Grüne) als Bezirksbürgermeister gewählt. Somit geht die SPD im Wahlkreis aus dem ereignisreichen Wahljahr 2009 gestärkt hervor. Glückwunsch an die Gewählten!

KÖLN

Konstituierende Sitzung des Rates

Amtseinführung von Jürgen Roters und Bürgermeisterwahl

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Köln am 29. Oktober wurde Oberbürgermeister **Jürgen Roters** (SPD) vom Altersvorsitzenden des Rates **Alfred Schultz** (SPD) vereidigt und in sein Amt eingeführt.



Alfred Schultz gratuliert Jürgen Roters

Bürgermeisterwahl

Aus seiner Mitte wählte der neue Rat der Stadt Köln in gleicher Sitzung die vier ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Oberbürgermeister Jürgen Roters in der bis 2014 laufenden Ratsperiode vertreten.

Mit großer Geschlossenheit wurden zur ersten Stellvertreterin **Elfi Scho-Antwerpes** (SPD), zum zweiten Stellvertreter **Hans-Werner Bartsch** (CDU), zur dritten Stellvertreterin **Angela Spitzig** (Bündnis 90/Die Grünen) und zum vierten Stellvertreter **Manfred Wolf** (FDP) gewählt.

Damit stellen nun alle vier großen Fraktionen im

Rat der Stadt Köln jeweils einen Bürgermeister.

SPD-Ausschussvorsitzende

Die SPD-Fraktion stellt für die Ratsperiode bis 2014 die beziehungsweise den Vorsitzenden in folgenden Ausschüssen, die gleichzeitig die Sprechfunktion wahrnehmen werden:

- Finanzausschuss: **Martin Börschel, MdL**
- Kunst und Kultur: **Dr. Eva Bürgermeister**
- Gesundheitsausschuss: **Michael Paetzold**
- Soziales und Senioren: **Jochen Ott**
- Sportausschuss: **Peter Kron**

Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Fraktion in den weiten Ausschüssen

- Anregungen und Beschwerde: **Frank Schneider**
- Allgemeine Verwaltung, Vergabe, Internationales: **Michael Neubert**
- Rechnungsprüfung: **Axel Kaske**
- Schule und Weiterbildung: **Franz Philippi**
- Stadtentwicklung: **Michael Zimmermann**
- Umwelt und Grün: **Götz Bacher**
- Verkehr: **Susana dos Santos Herrmann**
- Wirtschaft: **Alfred Schultz**
- Bauen: **Wolfgang Bosbach**
- Liegenschaften: **Werner Böllinger**
- Hauptausschuss: **Martin Börschel MdL**
- Jugendhilfeausschuss: **Dr. Ralf Heinen**
- Integrationsrat: **Gonca Mucuk-Edis**

Kölner SPD nominiert Kandidatenteam für die Landtagswahl 2010

Auf der SPD-Wahlkreis Konferenz wurden für die Landtagswahl am 9. Mai 2010 gewählt:

Landtagswahlkreis		SPD-Kandidat/in
13 Köln I	Rodenkirchen, südliche Innenstadt	Ingrid Hack
14 Köln II	Lindenthal	Lisa Steinmann
15 Köln III	Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	Martin Börschel
16 Köln IV	Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	Tayfun Kelttek
17 Köln V	Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar	Jochen Ott
18 Köln VI	Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt	Stephan Gatter
19 Köln VII	Mülheim	Marc Jan Eumann

Martin Dörmann übernimmt neue Aufgaben in Berlin

Stellv. Vorsitz des Wirtschaftsausschusses und Medienpolitischer Sprecher

Nach und nach werden in diesen Wochen die Aufgaben und Funktionen in den Ausschüssen und Fraktionen des Deutschen Bundestages neu bestimmt. Endgültig abgeschlossen wird dieser Prozess voraussichtlich im Laufe des Dezembers.

Ausschussmitgliedschaften und Funktionen

Fest steht bereits, dass es bezüglich der Ausschussmitgliedschaften für Martin Dörmann beim bisherigen Stand bleibt: Er ist **ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien**. Wahrscheinlich wird noch ein Unterausschuss „**Neue Medien**“ gebildet, dem er dann ebenfalls wieder angehören würde.

In den Ausschüssen übernimmt Martin Dörmann neue Funktionen. Im Bereich Kultur und Medien ist Martin Dörmann nun **Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion**. Zudem ist er zum **stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie** gewählt worden. Aufgrund dessen hat er (wie üblich) auf eine erneute Kandidatur als stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion verzichtet. Neuer wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion wurde **Garrett Duin**, zugleich SPD-Vorsitzender in Niedersachsen.

Auch für die anderen beiden SPD-Bundestagsabgeordneten aus Köln gibt es neue Aufgaben: **Rolf Mützenich** wurde außenpolitischer Sprecher, **Karl Lauterbach** gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Zusammen mit dem Regionalvorsitzenden **Dietmar Nietan** vertritt Martin Dörmann auch weiterhin die Region Mittelrhein im **Vorstand der NRW-Landesgruppe** der SPD-Fraktion. Landesgruppenvorsitzender bleibt **Axel Schäfer**.



Das neue Büro befindet sich im obersten Stock des Paul-Löbe-Hauses (auf dem Foto rechts) und hat einen seitlichen Blick zur Spree hin

Neues Büro – Anja Möbus verstärkt das Team

Vom „Jakob-Kaiser-Haus“ in das „**Paul-Löbe-Haus**“ umgezogen ist das Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann. Die Lage ist optimal, weil sich das „Paul-Löbe-Haus“ direkt neben dem Reichstagsgebäude befindet und sich dort auch die Ausschusssäle befinden, so dass die Wege sehr kurz sind. Büronachbarn sind die ehemaligen SPD-Minister **Peer Steinbrück** und **Wolfgang Tiefensee**.



Das Berliner Arbeiterteam von Martin Dörmann von links: **Dr. Marc Drögemöller**, **Anja Möbus** und **Stefan Stader (Büroleiter)**

Zum **Mitarbeiterteam** gehören auch weiterhin **Stefan Stader** als Büroleiter sowie **Dr. Marc Drögemöller**, der insbesondere für die Ausschussarbeit zuständig ist. Ausgeschieden ist hingegen **Sabine Schmidt**. Sie arbeitet nun für den nach vierjähriger Pause wieder als MdB eingezogenen Dietmar Nietan, für den sie bereits in seiner ersten Legislaturperiode tätig war. Auch von dieser Stelle möchten wir uns bei ihr für die gute Zusammenarbeit herzlich bedanken!

Dafür neu im Team ist **Anja Möbus**. Sie unterstützt das Büro montags, dienstags und freitags als studentische Mitarbeiterin.

Anja Möbus ist 25 Jahre alt und studiert an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaften. Seit sie ihr Studium in Berlin aufgenommen hat, engagiert sie sich in der Berliner SPD und ist dort als stellvertretende OV-Vorsitzende und im Kreisvorstand in Friedrichshain-Kreuzberg aktiv. Dort bringt sie sich insbesondere für die Neumitgliederwerbung und -betreuung und Wahlkampforganisation ein. Vor ihrer Arbeit im Bundestag war sie zwei Jahre lang Mitarbeiterin eines Berliner Landtagsabgeordneten.

Mitglieder in den beiden Ausschüssen von Martin Dörmann

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Der Ausschuss gehört zu den fünf großen Bundestagsausschüssen mit 37 Mitgliedern.

In der neuen Legislaturperiode gibt es prominenten Zuwachs aus allen Fraktionen. Neue Mitglieder sind u.a. **Wolfgang Tiefensee** (SPD), **Eduard Oswald** (CSU), **Hermann Otto Solms** (FDP), **Sarah Wagenknecht** (Linke) sowie **Fritz Kuhn** und **Christine Scheel** (Grüne).

Der Ausschuss setzt sich nun wie folgt zusammen:

CDU/CSU (14 Mitglieder)

Thomas Bareiß, Dr. Matthias Heider, Dr. Dieter Jasper, Andreas Lämmel, Nadine Müller, Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, **Eduard Oswald (Ausschussvorsitzender)**, Rita Pawelski, **Dr. Joachim Pfeiffer (Sprecher)**, Lucia Puttrich, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Lena Strothmann, Kai Wegner

SPD (9 Mitglieder)

Doris Barnett, Klaus Barthel, **Martin Dörmann (stellv. Ausschussvorsitzender)**, **Garrelt Duin (Sprecher)**, Peter Friedrich, Rolf Hempelmann, Manfred Nink, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wick-

lein

FDP (6 Mitglieder)

Claudia Bögel, Klaus Breil, **Paul Friedhoff (Sprecher)**, Dr. Martin Lindner, Christian Lindner, Dr. Hermann Otto Solms

Die Linke (4 Mitglieder)

Ursula Lötzer, Michael Schlecht, Prof. Dr. Herbert Schui, **Sarah Wagenknecht (Sprecherin)**

Bündnis 90/Die Grünen (4 Mitglieder)

Kerstin Andreae (Sprecherin), Fritz Kuhn, Ingrid Nestle, Christine Scheel

Ausschuss für Kultur und Medien

In der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien, der **Martin Dörmann** als medienpolitischer Sprecher angehört, arbeiten folgende SPD-Abgeordneten mit:

Siegmund Ehrmann (Sprecher), **Brigitte Zypries** (stellv. Sprecherin), **Angelika Krüger-Leißner**, **Ulla Schmidt** sowie **Wolfgang Thierse**. Stellv. Ausschussmitglied ist u.a. **Peer Steinbrück**.

Die neue Führung der SPD-Bundestagsfraktion

Der Fraktionsvorstand

Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands und weiteren aus der Fraktion gewählten Mitgliedern (erweiterter Fraktionsvorstand). Letztere werden am 1. Dezember neu gewählt. Der Fraktionsvorstand führt die Geschäfte der Fraktion, plant ihre Arbeit, bereitet die Fraktionssitzungen vor und berichtet der Fraktion über seine Beratungen.

Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand (GfV) bereitet die Sitzungen des Fraktionsvorstandes vor und unterrichtet diesen über die Regelung laufender Angelegenheiten der Geschäftsführung.

Der Vorsitzende der Fraktion, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarische Geschäftsführer/innen bilden den GfV:

Fraktionsvorsitzender



Dr. Frank-Walter Steinmeier

Parlamentarische Geschäftsführer/innen

Die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen erledigen die parlamentarischen, juristischen und organisatorischen Aufgaben der Fraktion:

Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, **Petra Ernstberger**, **Iris Gleicke**, **Ute Kumpf**, **Christian Lange**.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Die stellvertretenden Vorsitzenden sind in erster Linie für festgelegte politische Bereiche zuständig. Sie koordinieren die Arbeit der Arbeitsgruppen aus den ihnen zugeordneten Bereichen.

- Außen und Sicherheit: **Gernot Erler**
- Gesundheit und Soziales: **Elke Ferner**
- Wirtschaft und Arbeit: **Hubertus Heil**
- Umwelt: **Ulrich Kelber**
- Haushalt und Finanzen: **Joachim Poß**
- Verkehr: **Florian Pronold**
- Innen, Recht, Kultur/Medien: **Olaf Scholz**
- Europa: **Dr. Angelica Schwall-Düren**
- Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Dagmar Ziegler**

SPD-Fraktion besetzt Funktionen in Ausschüssen und Arbeitsgruppen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 24. November folgende Personen für Funktionen in den Bundestagsausschüssen und SPD-Arbeitsgruppen gewählt bzw. bestimmt:

Sprecherinnen und Sprecher (Obleute) für die Ausschussarbeitsgruppen:

Arbeit und Soziales: Anette Kramme; **Wirtschaft und Technologie:** Garrelt Duin; **Finanzen:** Nicolette Kressl; **Haushalt:** Carsten Schneider; **Bildung und Forschung:** Ernst Dieter Rossmann; **Gesundheit:** Karl W. Lauterbach; **Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Caren Marks; **Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:** Matthias Miersch; **Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:** Uwe Beckmeyer; **Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:** Wilhelm Priesmeier; **Inneres:** Dieter Wiefelspütz; **Recht:** Christine Lambrecht; **Außenpolitik:** Rolf Mützenich; **Verteidigung/Sicherheitsfragen:** Rainer Arnold; **Angelegenheiten der Europäischen Union:** Axel Schäfer; **Menschenrechte und humanitäre Hilfe:** Christoph Strässer; **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:** Sascha Raabe; **Sport:** Martin Gerster; **Kultur und Medien:**

Siegmond Ehrmann; **Tourismus:** Hans-Joachim Hacker; **Petitionen:** Klaus Hagemann; **Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Immunität:** Michael Hartmann;

Sprecher für Facharbeitsgruppen:

Kommunalpolitik: Bernd Scheelen; **Energie:** Rolf Hempelmann

Ausschussvorsitzende

Haushalt: Petra Merkel; **Gesundheit:** Carola Reimann; **Bildung und Forschung:** Ulla Burckhardt; **Verteidigung:** Susanne Kastner; **Sport:** Dagmar Freitag

Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Wirtschaft: Martin Dörmann; **Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Christel Humme; **Inneres:** Frank Hofmann; **Auswärtiges:** Hans-Ulrich Klose; **Kultur und Medien:** Angelika Krüger-Leibner

Die weiteren fraktionsinternen Arbeitsgruppen und die Beauftragten werden erst zu einem späteren Zeitpunkt bestimmt.

SPD will Förderung des Altersteilzeitgesetzes verlängern

Gesetzentwurf eingebracht: Beschäftigungsbrücke für junge Menschen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes eingebracht und will damit die weitere Förderung bis zum 1. Januar 2015 festschreiben.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nach langer Lebensarbeitsleistung nicht in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Wir wollen Kündigungen verhindern und eine attraktive Alternative schaffen. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig den Jüngeren den Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Schwarz-Gelb hat die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit über den 31. Dezember 2009 hinaus abgelehnt. Ein großer Fehler auf Kosten junger Ausbildungsabsolventen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweit in dramatischer Höhe Arbeitsplätze gekostet. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich dabei als verhältnismäßig robust erwiesen. Grund dafür ist auch der maßgeblich von der SPD entwickelte Schutzschirm für Beschäftigung. Die relativ stabilen Zahlen vom Oktober und die vergleichsweise günstige Entwicklung sind vor allem auch darauf zurückzuführen, dass wir mit der verlängerten Kurzarbeit 1,4 Millionen Menschen vor der Arbeitslosigkeit bewahrt haben. Ohne die Entlastung durch Kurzarbeit und weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – in erster Linie Aktivierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen – wäre der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten deutlich

größer ausgefallen.

Schneise der Verwüstung verhindern

Und die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist noch lange nicht durchgestanden. Wir brauchen daher unbedingt auch in den kommenden Monaten eine belastbare Beschäftigungsbrücke. Dazu gehört die Weiterführung des 24-monatigen Kurzarbeitergeldes über den Jahreswechsel hinaus. Aber nicht nur das. Vor allem darf nicht zugelassen werden, dass die geförderte Altersteilzeit zum Ende dieses Jahres ausläuft. Wir müssen verhindern, dass die Krise nicht doch noch eine tiefe Schneise der Verwüstung durch unser Land zieht.

Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind junge Menschen unter 25 und Menschen über 50. Für diese Gruppen weist die Statistik der letzten Monate einen überproportional hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Wir benötigen jetzt dringend die Beschäftigungsbrücke für jüngere Menschen. Wir müssen für Unternehmen auch weiterhin den Anreiz schaffen, an der Beschäftigung von über 50-Jährigen festzuhalten und gleichzeitig jungen Menschen eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten.

Schwarz-Gelb befriedigt Klientelinteressen von Ärzten, Anwälten, Erben und Hotelketten. Die von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Leute geraten aus dem Blick. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich zu handeln!

Frank-Walter Steinmeier: Schwarz-Gelb gefährdet den sozialen Zusammenhalt

Bei ihrer Regierungserklärung am 10. November ist Kanzlerin **Angela Merkel** dem Parlament fast alles schuldig geblieben. Ebenso wie der Koalitionsvertrag schaffte auch ihre erste Rede als Kanzlerin der schwarz-gelben Regierung keine Klarheit darüber, wohin die Reise mit Union und FDP wirklich gehen soll.

Grandioser Fehlstart der Regierung

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Frank-Walter Steinmeier**, entgegnete Merkel in seiner Rede, sie habe keine Regierungserklärung, sondern ein Regierungsrätsel abgegeben, dessen Lösung sie selbst nicht kenne. Das selbsternannte Traumpaar der Politik sei auf alles vorbereitet gewesen, nur nicht darauf gemeinsam zu regieren. Katastrophaler hätte der Fehlstart nicht sein können. Die Koalitionsvereinbarung sei „ein einziges Dokument der Vertagung und Verunsicherung“, so Steinmeier. Alle schwierigen Entscheidungen seien vertagt worden. Allein acht Kommissionen und 15 Prüfaufträge fänden sich im Koalitionsvertrag. Und kaum sei die Tinte trocken gewesen, sei zu Nachverhandlungen eingeladen worden. Wenn alles wahr würde, was Schwarz-Gelb geplant habe, dann würden Union und FDP vom Traumpaar zum Traumtänzerpaar.

Schwarz-Gelb vernebelt Spaltung der Gesellschaft

Steinmeier warf Merkel vor, die Menschen bewusst darüber im Unklaren zu lassen, was ihnen aufgebürdet wird. „Vernebeln als Strategie hat in dieser Koalition und dieser Koalitionsvereinbarung Methode“, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest. Hatte die Kanzlerin zu Beginn ihrer Erklärung geschworen, Union und FDP wollten kurzfristig die Krise bewältigen und langfristig „Weichen für das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellen“, hielt Steinmeier ihr entgegen: „Da sind Weichen für eine andere Republik gestellt.“ Der Koalitionsvertrag ziehe neue Mauern hoch. Durch eine Rekordverschuldung seien Spaltungen zwischen dieser Generation und den kommenden Generationen angelegt. Außerdem spalte die Koalition zwischen den Kindern mit reichlich Chancen und den Kindern mit wenigen Chancen. Im Gesundheitswesen werde die Axt an das Solidarprinzip gelegt. Die schwarz-gelbe Koalition gefährde den sozialen Zusammenhalt. Mit der Rückkehr zur alten Atompolitik treibe das Land in den damaligen gesellschaftlichen Großkonflikt zurück. Die Kanzlerin baue keine Brücken, sie hebe Gräben aus.

Schwarz-Gelb verhindert Zukunft durch Klientelpolitik

Die Koalition wolle Deutschland stärken und den Zusammenhalt des Landes festigen, behauptete Merkel. Wachstum nannte sie als Weg dorthin. Dazu beginne die Regierung mit dem Wachstums-

beschleunigungsgesetz. „Allein für diese Maßnahmen muss der Bund bis 2013 rund 3,9 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen“, kritisierte Steinmeier. Dieses Geld fehle für Forschung und Investitionen. So entstünde kein Wachstum, so verhindere man es und mache die Zukunft kaputt. Das Gesetz sei ein Zukunftsverhinderungsgesetz. Schwarz-Gelb mache keine Konjunktur-, sondern Klientelpolitik. Millionen von Menschen bangten um ihre Zukunft und Merkel und ihre Koalition verteilten Geschenke an Steuerberater, Erben, Ärzte und Hotelketten.

Ökonomische Geisterfahre durch Steuergeschenke auf Pump

Steinmeier verstehe nun, was Merkel gemeint habe, dass die Union mit der FDP nun all das machen könne, was mit der SPD nicht möglich gewesen sei: Zusätzliche Schulden in Rekordhöhe für Steuerersenkungen, die nicht zu finanzieren sind. Damit das nicht auffällt, wollte Schwarz-Gelb die Schulden in einem riesigen Schattenhaushalt verschwinden lassen. Auf öffentlichen Druck sei man scheinbar zurückgerudert, doch im Kleingedruckten des Vertrages würde von einem Sondervermögen für generationengerechte Finanzen fabuliert. Die SPD werde dafür kämpfen, dass die Operation des „Täuschens, Tricksens und Vernebelns“ scheitere. Steinmeier fragte Westerwelle, warum nun der Satz, den er als Oppositionsredner immer gesagt hätte „Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen“ nicht mehr gelte. Denn jetzt sei er - Westerwelle - der Schuldenmacher der Nation. Steuerersenkungen finanzierten sich nicht selbst. Das habe noch nie funktioniert, nicht bei Ronald Reagan und nicht bei Theo Waigel. Schon im nächsten Sommer würde sich zeigen, dass diese Schuldenpolitik tiefe Löcher in den Haushalt des Bundes und die Haushalte der Länder und Kommunen reißt.

Spaltung zwischen Kindern mit und ohne Chancen

Union und FDP erhöhen das Kindergeld und den Kinderfreibetrag. Die Folge sei: Die Verkäuferin bekommt 240 Euro im Jahr mehr und Besserverdienende bekommen fast das Doppelte, 443 Euro. Das treibe die Schere zwischen armen und reichen Familien weiter auseinander. Aber der Grundsatz müsse heißen: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Auch könne man das Geld nicht zweimal ausgeben. Der Ausbau der Kinderbetreuung werde deshalb zum Ende kommen. Das sei ein Salto rückwärts. Schließlich sei man in den letzten zehn Jahren auf einem guten Weg gewesen: mehr Betreuung, mehr Ganztagsbetreuung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schwarz-Gelb setzt falsche Prioritäten.

Moderne Familienpolitik könne nur da sein, wo

Eltern ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies würde Schwarz-Gelb mit der Fernhalteprämie verraten. Anreize zu geben, dass Kinder zu Hause bleiben anstatt mit anderen zu lernen, sei angesichts der Probleme in deutschen Großstädten zynisch. Steinmeier forderte Familienministerin von der Leyen auf, die das Betreuungsgeld als bildungspolitische Katastrophe bekämpft hatte: "Wenden Sie diese Katastrophe ab!" Dabei sicherte er ihr die Unterstützung der SPD-Fraktion zu. Es sei nötig über sozialen Aufstieg zu reden, aber noch mehr über den sozialen Einstieg. Kinder aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Schichten bräuchten konkrete Hilfe, Sprachtrainer, Förderlehrer und Sozialarbeiter. Deshalb könne die Antwort nur sein: Weg mit den Gebühren von der Kita bis zur Universität.

Spaltung in der Gesundheitspolitik

Die soziale Spaltung durch den Koalitionsvertrag werde nirgends so deutlich wie in der Gesundheitspolitik. Die Amerikaner schauten mit Anerkennung auf das deutsche Gesundheitssystem. Hier habe nach wie vor jeder Zugang zu medizinischen Leistungen, Menschen stünden für Menschen in diesem Gesundheitssystem ein und trügen die Kosten solidarisch. Schwarz-Gelb bringe dieses Prinzip zum Kippen, indem die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung eingefroren würden. Die Botschaft dabei sei, so Steinmeier: „Sie verlagern Risiken für die weitere Zukunft einseitig auf die Versicherten.“ Das betreffe die gerade von Union und FDP beschlossenen Erhöhungen der Arzthonorare und steigende Arzneimittelpreise. Er nenne das: Ausstieg aus der Solidarität. Die Regierung solle sich in dieser Frage auf ganz harten Widerstand einrichten.

Spaltung zwischen starken und schwachen Regionen

Schwarz-Gelb gehe es auch um eine Spaltung zwischen starken und schwachen Regionen. Hinter dem Vernebelungswort Regionalisierung ginge es neben regionalen Hebesätzen bei der Erbschaftsteuer an den Finanzausgleich zwischen armen und reichen Krankenkassen. Das möge gut für Bayern sein, aber es sei schlecht für den Osten und andere strukturschwache Regionen. Die Folgen seien dort irrsinnig hohe Beiträge oder weniger Leistungen und weniger Ärzte. Die schwarz-gelbe Regierung ruiniere so, was Deutschland in sechs Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte stark gemacht habe: den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Die Gleichwertigkeiten der Lebensverhältnisse seien in den letzten Tagen bei den Feierlichkeiten zur deutschen Einheit immer wieder unterstrichen worden. Es sei feierlich beschworen worden, dass dies ein Gebot der Verfassung ist., „Gerade deshalb dürfen wir das nicht aufgeben“, so Steinmeier.

In den Kommunen fehlten schon jetzt infolge der Wirtschaftskrise Steuereinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro. Viele Kommunen stünden schon jetzt mit dem Rücken an der Wand. Das sei

auch aus den Reihen der Unions-Bürgermeister und -Oberbürgermeister zu hören. Durch die Änderungen und Prüfaufträge von Schwarz-Gelb drohe den Kommunen, dass ihnen das letzte Hemd genommen würde. Steinmeier nannte dazu die geringeren Einkommenssteuereinnahmen, das Infrages-tellen der Gewerbesteuer und die Einführung der Mehrwertsteuer für kommunale Unternehmen. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin, **Petra Roth** (CDU), spreche von einer „Demontage der kommunalen Selbstverwaltung“. Auch der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund teilten diese Kritik. Die Menschen würden das bitter zu spüren bekommen, denn die Gemeinden müssten Abgaben und Gebühren erhöhen. Schwarz-Gelb heiße am Ende weniger Netto vom Brutto!

Spaltung bei den Löhnen

Das Verheerendste sei, dass das Land gespalten werde, in Menschen, die von ihrer Arbeit leben können und in Menschen, die mit Billiglöhnen abgespeist werden. Das Grundprinzip der Arbeitsgesellschaft sei jedoch, dass derjenige, der den ganzen Tag arbeitet, von seinem Lohn leben können muss. Schwarz-Gelb schreibe jetzt durch das angekündigte Verbot sittenwidriger Löhne, das ohnehin schon gilt, Billiglöhne von vier Euro fest. Steinmeier hinterfragte den Leistungsbegriff und das Menschenbild von Union und FDP. Hatten sie doch im Wahlkampf plakatiert: Arbeit muss sich wieder lohnen. Es sei heute entwürdigend, wenn Eltern ihren Kindern sagen müssten: Ich war zwar den ganzen Tag arbeiten, aber am Monatsende muss ich trotzdem aufs Amt. Morgen bedeute es Altersarmut. Mindestlöhne seien die richtige Antwort.

In dieser Regierung steckt der Wurm!

Die schwarz-gelbe Regierung habe einen Koalitionsvertrag, aber keinen Plan. Es fehlen der Anspruch und der Ehrgeiz. Es fehle ein Leitbild, wie Wohlstand und Arbeit im neuen Jahrzehnt entstehen und wie die Lasten aus der Wirtschaftskrise fair verteilt werden können. Er gab der Aussage der Kanzlerin recht: In diesem Land steckt viel. Das Problem aber sei: In dieser Regierung steckt der Wurm. „Deshalb haben Sie die schönsten Tage ihrer Regierungszeit schon hinter sich“, schloss Steinmeier an Merkel gerichtet.

Stimmen aus der Presse

Keine Lösungen in Sicht

„Zumindest ökologisch gesehen war der Auftritt von Angela Merkel zum Start der neuen Legislaturperiode bemerkenswert. Denn selten zuvor war eine Regierungserklärung aus so viel Recyclingmaterial zusammengestoppelt. Der wohlklingende Fünf-Punkte-Plan birgt Altbekanntes: Krisenreaktion, Bürger mit Staat versöhnen, Demografie, Umwelt, Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Mit diesem Plan hätte jeder Kanzler seit 1949 antreten

können." (**Berliner Morgenpost**, 11.11.2009)

Merkels Wette

„Das vom Kabinett auf den Weg gebrachte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist nur ein weiteres Ausgabenprogramm, um Eltern, Erben und Hoteliers zu beglücken. (...) So wächst der Schuldenberg für unsere Kinder.“ (Quelle: **FAZ**, 11.11.2009)

Endlich wieder was los im Bundestag!

„Endlich wieder was los im Bundestag! Weil es nach vier drögen Jahren wieder eine echte Opposition gibt, die wirklich dagegen hält - und sich nicht als der bessere Partner der Regierung andient. Und weil es einen Oppositionsführer gibt, der Frank-Walter Steinmeier heißt!“ (Quelle: **Bild**, 11.11.2009)

Zwiespältiger Eindruck

„Doch bislang hat die Koalition die Worthülsen mit wenig überzeugenden Inhalten gefüllt. Die konkreten Vorhaben tragen im Gegenteil den Makel der Klientelpolitik und fügen sich zu keinem schlüssigen Bild zusammen ... So hinterlässt die neue Kanzlerin einen ziemlich zwiespältigen Eindruck: Schnörkellos in der Diagnose, aber widersprüchlich in der Therapie. „Was vor uns liegt, ist kein leichter Weg“, sagt sie. Das haben die Bürger nun kapiert. Das schwarz-gelbe Ziel aber liegt für sie weiter im Nebel.“ (Quelle: **Frankfurter Rundschau**, 11.11.2009)

Spendabel

„Merkel und Westerwelle wollen einfach nicht dem neoliberalen Klischee entsprechen. Sie wollen niemandem etwas nehmen, nur ihrer Klientel etwas geben: Den Selbstständigen, den gut verdienenden Angestellten, den Erben, den Hotelbesitzern, den Ärzten, den Apothekern. Krisenzeit ist eigentlich Schwarzbrotszeit. Die neue Regierung spendiert aber erst einmal Kaviar. Wenn das Zeug nur nicht so verdammt teuer wäre.“ (Quelle: **Berliner Zeitung**, 11.11.2009)

Wachstumskindergeld-Steuersenkungs-budenzauber

„Jeder konnte spüren, dass der anfangs von der Koalition verbreitete Wachstumskindergeld-Steuersenkungsbudenzauber nicht der strengen Wirklichkeit der nächsten Jahre gerecht wird. Umso enttäuschender, dass Merkel die bitteren Wahrheiten schnell wieder beiseite schob.“ (Quelle: **Handelsblatt**, 11.11.2009)

Stimmen aus Gewerkschaften

DGB, Michael Sommer zur Ablehnung von gesetzlichen Mindestlöhnen

„Die ablehnende Haltung der Kanzlerin ist mehr als bedauerlich und für die Gewerkschaften nicht hinnehmbar. Gerade vor dem Hintergrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 hätten wir uns von der Kanzlerin mehr Weitsicht gewünscht. Wir werden das Thema weiterhin auf der Tagesordnung halten. Deutschland braucht eine untere Reibleine von zunächst 7,50 Euro.“

GEW, Ulrich Thöne

„Statt Kindergeld und -freibeträge zu erhöhen sowie eine ‚Herdprämie‘ einzuführen, muss mehr Geld in die Bildungsinstitutionen fließen.“

IG Metall, Hans-Jürgen Urban

„Wenn das Gesundheitswesen zukünftig von umfassendem Wettbewerb geprägt sein soll, droht die Unterordnung von Solidarausgleich und bedarfsorientierter Versorgung unter private Gewinnerziele.“

ver.di, Frank Werneke

„Merkels Regierung sägt weiter an dem Ast, auf dem wir alle sitzen“

SPD-Fraktion fordert Kommunalausschuss

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert einen kommunalpolitischen Ausschuss im Deutschen Bundestag. Angesichts der Finanzkrise und der zusätzlichen kommunalen Belastungen ist eine ausführliche und gründliche Erörterung der kommunalrelevanten Gesetzesvorhaben dringend notwendig.

Wer, wie die schwarz-gelbe Koalition, den Kommunen die Gewerbesteuer nehmen will, und ihre gemeinwohlorientierten Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Mehrwertsteuer belastet, offenbart seine kommunalfeindliche Haltung. Ebenso bezeichnend ist der Vorschlag dieser Regierung, die sozialen und Umweltkomponenten wieder aus dem Vergaberecht entfernen zu wollen. Da hilft auch nicht das Pflaster der Kindergelderhöhung, die die

bedürftigen Familien unseres Landes nicht erreicht. Dieses Geld gehörte in die soziale Infrastruktur. Deshalb ist die Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses, zumindest eines Unterausschusses, im Bundestag notwendig.

Starke, selbstverwaltete Kommunen bieten die Grundlage zur Entwicklung einer gesellschaftlich verantwortungsbewussten, offenen, toleranten und auf Verantwortung beruhenden Lebenseinstellung aller unserer Bürgerinnen und Bürger. Städte, Landkreise und Gemeinden vermitteln auch das, was landläufig mit „Heimat“ bezeichnet wird. Alleine daher ist es eine der hervorzuhebenden Aufgaben auch von Bundespolitik, die Lebensqualität in den Kommunen zu bewahren und zu stärken.

Unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer von Schwarz-Gelb

Die Regierungskoalition hat am 12. November den Entwurf des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. Damit präsentiert Schwarz-Gelb den Menschen in Deutschland einen ungedeckten Scheck. Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges.

Auch ohne die ursprünglich geplante Schulden-Trickserei mit einem neuen Sondervermögen bleibt das sogenannte Sofortprogramm der neuen schwarz-gelben Regierung eine dreiste Mogelpackung und ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist nicht zielführend. Mit den Maßnahmen, die beschlossen werden sollen, wird eine Wachstumsbeschleunigung nie und nimmer zu erreichen sein. Im Gegenteil, sie sind fatal für das Steueraufkommen in Deutschland und damit für die Finanzierung des Gemeinwesens.

Dreister Etikettenschwindel

Gleich in mehrfacher Hinsicht betreibt Schwarz-Gelb Etikettenschwindel: Gemessen am Finanzvolumen besteht der größte Teil des Sofortprogramms aus Maßnahmen, die bereits die Große Koalition beschlossen hat und nicht die neue Regierung, so etwa die umfassende Entlastung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von der Einkommensteuer. Bei dem für den 1. Januar 2010 angekündigten Wachstumsprogramm mit Steuerentlastungen in Höhe von 21 Milliarden Euro handelt es sich um einen klaren Etikettenschwindel. 14 Milliarden Euro davon stehen bereits im Bundesgesetzblatt – durchgesetzt von der alten Regierung aus SPD und Union. Das ist schon sehr dreist: Die neue Regierung behauptet, nur mit ihr komme Deutschland schnell aus der Wirtschaftskrise – und das, was sie dazu vorschlägt, hat Merkel weitgehend noch mit der SPD gemacht. Als Nächstes werden **Merkel, Westerwelle und Seehofer** behaupten, der wirtschaftliche Aufschwung in 2010 sei ihrer, weil er auf „ihr“ Programm zurückgehe.

Reine Klientelpolitik

Von den zusätzlichen Maßnahmen der neuen Regierung wird kaum eine nennenswerte Wachstumswirkung ausgehen. Dazu ist ihr Gesamtvolumen viel zu klein. In der Einzelbetrachtung geht es bei der Auswahl der Maßnahmen weniger um Wachstum als vielmehr um Klientelbediening. Steuergeschenke werden an Steuerberater, Ärzte, Erben und Hotelketten verteilt. Von den geplanten Steuersenkungen profitieren hohe Einkommen am meisten – auch bei der Familienförderung. Die drohenden Abgabenlasten treffen Haushalte mit geringem Einkommen am schärfsten.

Rechnung für die Steuergeschenke folgt nach der NRW-Wahl

Auch mit Blick auf die kommenden Jahre wird das Paket die Spielräume der öffentlichen Haushalte nicht vergrößern, sondern verkleinern. Die zusätzlichen Steuerausfälle erhöhen den Konsolidierungsbedarf, der sich aus den Regeln zur Schuldenbegrenzung ab 2011 ergibt. Allein durch Einsparungen ist eine Konsolidierung nicht zu bewältigen. Die neue Regierung muss also kürzen und zugleich die Einnahmen erhöhen, sei es durch höhere Steuern oder höhere Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit wird dann den Menschen in Deutschland die Rechnung der Steuergeschenke von Merkel und Westerwelle für die Vermögenden und Besserverdienenden präsentiert.

Kommunalfeindliche Politik

Die von Schwarz-Gelb ausgelösten Steuerausfälle treffen nicht nur den Bund. Länder und Kommunen werden von hohen Steuerausfällen bedroht (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Milliarden Euro jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 6 Milliarden Euro jährlich). Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarzgelb macht kommunalfeindliche Politik. Das kommunale Investitionsprogramm wird konterkariert. Der von der SPD erweiterte Handlungsspielraum für Betreuung, Bildung und Integration ist bedroht.

Unverantwortlicher Umgang mit Geld

Mit dem vorgelegten Zukunftsverhinderungspaket zeigen CDU, CSU und FDP in außerordentlicher Weise, dass sie nicht mit Geld umgehen können. Der Schuldenberg insbesondere für den Bund wird in dramatischer Weise vergrößert, kommenden Generationen werden unverantwortliche Lasten aufgebürdet. Selbst die unionsregierten Länder rennen gegen die angekündigten Steuersenkungen an, weil auch sie diese finanziell nicht verkraften können.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Fulminante Rede Sigmar Gabriels begeistert Parteitagsdelegierte

Neuer Parteivorsitzender strebt Deutungshoheit über die politische Mitte an

Mit 94,2 Prozent erhielt der neue Parteivorsitzende **Sigmar Gabriel** ein überaus überzeugendes Wahlergebnis auf dem SPD-Bundesparteitag, der vom 13. bis 15. November in Dresden stattfand. Vor seiner Wahl begeisterte er die Parteitagsdelegierten mit einer packenden, über einhundert Minuten langen Rede. Dabei wies er einerseits auf Regierungserfolge der SPD in den vergangenen elf Jahren hin, sparte aber zugleich nicht an Selbstkritik.



Obwohl die heutige Zeit "nach sozialdemokratischen Antworten schreit", habe die SPD "eine historische Niederlage" erlitten, stellte Gabriel in seiner Rede vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden fest. Und "wer ein derartiges Wahlergebnis bekommt, der hat mehr als nur ein Kommunikationsproblem."

Die Mitte zurückerobern

Sigmar Gabriel erzeugte Begeisterung bei den SPD-Genossen, die ihm mit einem fulminanten Wahlergebnis, 94,2 Prozent, den Rücken stärkten.

In seiner inhaltsstarken und mitreißenden Rede, die immer wieder von begeistertem Beifall unterbrochen wurde, räumte Gabriel Fehler der SPD in der Regierungsarbeit ein, verwies aber ebenso auf die sozialdemokratischen Erfolge für die Menschen in Deutschland - etwa das Nein zum Irak-Krieg, der Atomausstieg und die ökologische Erneuerung oder auch der Ausbau der Kinderbetreuung.

Als zentralen Fehler der SPD in den vergangenen Jahren bezeichnete Gabriel die Jagd nach der so genannten politischen Mitte. Die Partei sei in der Frage einem Missverständnis erlegen. Sie habe die "politische Mitte" für einen festen Ort gehalten, der sich unter anderem nach Einkommens- oder Berufsgruppen oder politischen Einstellungen orientiert, denen man sich anzupassen habe. Dabei sei die Mitte ein "Deutungsort der Gesellschaft", so Gabriel. "Wer die richtigen Fragen, und die richti-

gen Antworten bereithält. Der steht in der Mitte der Gesellschaft. Man muss diese Deutungshoheit erobern, von links".

Seit dem Fall der Mauer sei es den Marktradikalen mehr und mehr gelungen, die Mitte für sich zu reklamieren, erklärte Gabriel. Die SPD habe sich "schrittweise dieser Deutungshoheit angepasst". Und damit auch Politikkonzepte verfolgt, "die unsere Wählerschaft in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit verletzt haben und Abstiegsängste ausgelöst haben". Daraus müsse die SPD die Lehre ziehen, dass sie sich nie "anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen". Es gehe darum, mit den eigenen politischen Ziele die Mehrheit im Land zu überzeugen. Dann stehe die SPD in der Mitte der Gesellschaft.

Die Partei als Politikwerkstatt

Etwa bei den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Bildung, Integration oder Chancengleichheit. Und dafür müsse sich die Partei zur Gesellschaft öffnen, zuhören und diskutieren in Vereinen, mit Initiativen und Verbänden. Gabriel warb für eine SPD als "Politikwerkstatt für gesellschaftlichen Fortschritt". Eine Partei, die Menschen einlädt, mitzumachen, nicht den Anspruch erhebt, schon alle Antworten zu haben, sondern die Menschen bittet, mitzumachen und mitzuhelfen.

Auch in der SPD selbst will Gabriel die Kommunikation verbessern, um den Sachverstand aus allen Teilen der Partei zu nutzen. Dafür schlug er in seiner Rede beispielsweise jährlich tagende Arbeitsparteitage vor, auf denen ausschließlich über Politik diskutiert wird, oder auch Urwahlen, bei denen alle Mitglieder zu konkreten Themen befragt werden. Mit SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern in einem neu einzurichtenden Gremium beim Parteivorstand regelmäßig beraten.

Die sozialdemokratische Idee

"Wir stehen wieder vor einem Aufbruch und einem neuen Anfang mit sozialdemokratischen Herausforderungen", schloss Gabriel seine Rede. Er warb für die ursprüngliche sozialdemokratische Idee, die die Menschen immer zur SPD geführt hat: "Dass man nicht gebunden ist an das Einkommen, an die Arbeit der Eltern. Dass man nicht gebunden ist an das Geschlecht, an die Hautfarbe, die Religion. Der Lebensweg muss frei sein." Die Idee der Aufstiegsperspektive wieder wachzurufen, darum gehe es in den nächsten Jahren.

→ Die Rede von Sigmar Gabriel ist als pdf-Dokument und als Video abrufbar unter:

www.spd.de/de/pdf/091113_rede_gabriel_bpt09.pdf

www.youtube.com/watch?v=Xwa-g_XjpTq&fmt=18

Der neue SPD-Parteivorstand

Parteivorsitzender:

- Sigmar Gabriel

Generalsekretärin:

- Andrea Nahles

Stellv. Parteivorsitzende:

- Hannelore Kraft
- Olaf Scholz
- Manuela Schwesig
- Klaus Wowereit

Verantwortlicher des SPD-Parteivorstandes für die EU:

- Martin Schulz

Schatzmeisterin:

- Barbara Hendricks

Weitere Mitglieder des Parteivorstandes:

Zu wählen waren insgesamt 37 Beisitzerinnen und Beisitzer für den Parteivorstand.

- Doris Ahnen
- Niels Annen
- Ute Berg
- Björn Böhning
- Jens Bullerjahn
- Edelgard Bulmahn
- Ulla Burchardt
- Garrelt Duin
- Michaela Engelmeier-Heite

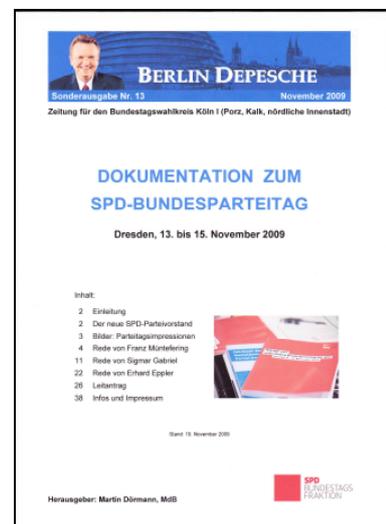
- Elke Ferner
- Birgit Fischer
- Peter Friedrich
- Evelyne Gebhardt
- Kerstin Griese
- Michael Groschek
- Gernot Grumbach
- Jochen Hartloff
- Dietmar Hexel
- Eva Högl
- Karin Jöns
- Wolfgang Jüttner
- Ulrich Kelber
- Barbara Ludwig
- Heiko Maas
- Ulrich Maly
- Christoph Matschie
- Hilde Mattheis
- Julian Nida-Rümelin
- Achim Poß
- Florian Pronold
- Thorsten Schäfer-Gümbel
- Manfred Schaub
- Thomas Schlenz
- Ottmar Schreiner
- Angelica Schwall-Düren
- Ralf Stegner
- Ute Vogt

Sonderausgabe der Berlin Depesche zum Bundesparteitag

Dokumentation des Leitantrages und wichtiger Reden

Zum SPD-Bundesparteitag ist eine **Sonderausgabe** der „Berlin Depesche“ erschienen, die auf der **Homepage** www.martin-doermann.de eingestellt ist.

Sie enthält den beschlossenen **Leitantrag** sowie die **Reden** von Sigmar Gabriel, Franz Müntefering und Erhard Eppler in voller Länge.



Nachdenkliche Rede des bisherigen Vorsitzenden: „Wir kommen wieder“

Franz Müntefering nimmt seinen Abschied. In seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden gab der scheidende Parteivorsitzende den Anstoß zu einer Debatte über die Ursachen der "schweren Wahlniederlage" der SPD.

Unter minutenlangen stehenden Ovationen verabschiedeten die Delegierten den scheidenden Parteivorsitzenden nach seiner knapp einstündigen Rede. Das Soziale und das Demokratische blieben wesentlich und unverzichtbar, unterstrich Müntefering. Umso mehr gelte es, selbstkritisch zu fragen, wie es zu diesem Ergebnis kommen konnte. "Der Wille, tiefer zu schürfen, was die Gründe dafür sind, ist verständlich und nötig."

"Wir waren nicht interessant"

Müntefering zog eine positive Bilanz der vergangenen elf Jahre sozialdemokratischer Regierung. 1998 sei es höchste Zeit gewesen, Kanzler Kohl aus seiner Selbstgefälligkeit abzuwählen. "Es war verdammt viel aufzuräumen und zu tun." In der Regierungszeit seien aber auch Fehler gemacht worden, räumte Müntefering ein. "Die Niederlage war selbst verschuldet." Man habe nicht immer klug genug, klar genug und nicht rechtzeitig genug darüber abgestimmt, was denn beispielsweise mit Gerechtigkeit gemeint sei und was mit Innovation. Mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl analysierte Müntefering: "Wir waren für die Wählerinnen und Wähler kein Feindbild. Aber wir waren auch nicht interessant. Sie haben anderen mehr vertraut oder niemandem oder sie hatten andere Prioritäten als wir." Die SPD habe "von gestern und aus der Mode" gewirkt.

Sozialen Aufstieg möglich machen

Es sei vor allem die Frage des sozialen Aufstiegs gewesen, die der SPD Stimmen gekostet habe. Aufstieg sei heute nicht mehr mit der Selbstverständlichkeit möglich, wie sie noch in den 60er Jahren gegolten habe. "Formal ist zwar alles für jede und jeden möglich, aber praktisch sind die Chancen nicht mehr gerecht verteilt", so der scheidende Parteivorsitzende. Dies werde auch der SPD angelastet. "Aufsteiger betrachten uns als uninteressant. Absteiger als nicht hinreichend sozial." Die Aufklärung dazu sei bisher nicht hinreichend gelungen, die Debatte auch nicht. "Diese ehrliche Debatte bleibt uns nicht erspart, nicht heute und nicht in den nächsten Monaten", mahnte der scheidende Parteivorsitzende.

Demokratie stärken

Auch die Demokratie brauche "neue Impulse,

damit sie nicht im Formalen versinkt". Mehr Demokratie wagen "Teil zwei" sei fällig, so Müntefering. "Wir von der Sozialdemokratie müssen das zu unserer Sache machen." Dazu gehören Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, die im Leitantrag des Parteitages gefordert werden, ebenso wie das Kommunalwahlrecht für Menschen, die seit mehr als sechs Jahren in Deutschland leben sowie den Erhalt und die Stärkung der Mitbestimmung in den Betrieben.

Kapitalismus zähmen

Voraussetzung für die Stabilisierung der Demokratie sei aber die Regulierung der Finanzmärkte durch eine europäische sozialdemokratische Bewegung, betonte Müntefering. In der Krise habe der moderne Kapitalismus seinen wahren Charakter gezeigt - "und der ist nicht kompatibel mit Demokratie". Dies sei nicht weniger als eine historische Aufgabe für die Sozialdemokratie, bekräftigte Müntefering. "Lasst uns dabei helfen in Deutschland, in Europa und weltweit, diesen Kapitalismus zu stoppen."

Gemeinsam stark

"Geschlossen und entschlossen": das müsse am Sonntag zum Abschluss des Parteitages die gemeinsame Botschaft sein. Müntefering zeigte sich überzeugt, dass die SPD in Dresden eine Debatte einleiten könne, aus der sie gestärkt hervorgeht. "Die SPD ist kleiner geworden, aber die sozialdemokratische Idee nicht. Schon gar nicht ist sie am Ende", beschrieb der scheidende Parteivorsitzende die derzeitige Lage der Sozialdemokratie.

"Die SPD zieht sich nicht als Selbstfindungsgruppe ins Jammertal zurück. Wir sind kampffähig und wir sind kampfbereit. Wir kommen wieder!"



Sigmar Gabriel würdigte Franz Müntefering in einer Rede und überreichte ein Porträt Willy Brandts als Abschiedsgeschenk

→ Die Rede von Franz Müntefering ist als pdf-Dokument und als Video abrufbar unter:

www.spd.de/de/pdf/091113_rede_muntefering.pdf

www.youtube.com/watch?v=KcGUsqjgEJq&fmt=18

Differenziert-kritische Analyse und Weichenstellung für Erneuerung

Nach intensiver Debatte hat der SPD-Bundesparteitag den Leitantrag des Parteivorstandes bei nur einer Gegenstimme beschlossen. Darin spricht sich die SPD unter anderem für programmatische Weiterentwicklungen aus - beispielsweise für die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die SPD stellt die Weichen für eine grundlegende Erneuerung - um die Voraussetzungen für eine neue Stärke der Sozialdemokratischen Partei zu schaffen.

Analyse und der Blick nach vorn

Der Leitantrag skizziert "drei wesentliche Aufgaben, die sich aus dem Ausgang der Bundestagswahl 2009 ergeben". So sollen auf allen Ebenen der Partei die Ursachen und Folgen des Wahlergebnisses erörtert und daraus sehr konkrete Konsequenzen für die Politik und die Organisation der SPD abgeleitet werden. Die Gründe müssten inhaltlich und strategisch aufgearbeitet und die dahinter stehenden Fragen beantwortet werden. Dabei gehe es um eine "nach vorne gerichtete" Diskussion. Unterstrichen wird die Gesamtverantwortung der SPD als Volkspartei für das Land. Denn neue Stärke ergebe sich nicht aus der Addition von "Einzelinteressen und Einzelthemen".

Harte und konstruktive Opposition

In einem zweiten Teil beleuchtet der Leitantrag die Rolle der SPD als stärkste Oppositionspartei. Die Sozialdemokratie dürfe sich nicht darauf beschränken, die schwarz-gelbe Regierung zu kritisieren. "Wir werden uns der schwarz-gelben Regierung als konsequente Opposition gegenüberstellen und ihr eine glaubwürdige und realistische Alternative entgegensetzen, um damit neues Vertrauen und neue Stärke für die SPD zu erringen und die jetzi-

ge Regierung wieder abzulösen", heißt es dazu im Leitantrag. Unter anderem geht es um ein sozial gerechtes und nachhaltiges Steuerkonzept, dessen Einzelheiten im kommenden Jahr beraten und entwickelt werden sollen. Auf Initiative der Jusos wird dabei auch die Einführung der Vermögensteuer eine Rolle spielen.

Gesellschaftliche Kraft und Partei der Emanzipation

Unterstrichen wird auch die Aufgabe der SPD als "gesellschaftliche Kraft und als Partei der Emanzipation". Es geht in Anlehnung an Willy Brandt um "Mehr Demokratie wagen - Teil II". Dafür will die SPD zwei politische Initiativen unter der Beteiligung der gesamten Partei und wichtiger gesellschaftlicher Gruppen starten. Zum einen geht es um die grundsätzliche Klärung, "wie eine soziale Gesellschaft und der Sozialstaat in den nächsten Jahrzehnten verfasst sein müssen, in dem jeder das berechtigte Gefühl haben kann, sicher zu leben und sein Leben durch eigene Anstrengung auch verbessern zu können". Zum anderen soll Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern vor allem auch als "Lebensform der Freiheit" praktisch mit neuem Leben gefüllt werden.

"Andere müssen sich jetzt vor uns fürchten"

Der Vorsitzende der Antragskommission **Olaf Scholz** lobte die kontrovers und solidarisch geführte Diskussion, die der Abstimmung vorausging. "Wir haben miteinander diskutiert und gezeigt, wo wir weiterarbeiten wollen und dabei etwas sehr Gutes und sehr Wichtiges zustande kriegt. Andere", so der stellvertretende SPD-Vorsitzende, "müssen sich jetzt vor uns fürchten".

→ Der Link zum Leitantrag als pdf-Dokument:

www.spd.de/de/pdf/pt-beschluesse/BJE_12_IA1_Leitantrag.pdf



Manuela Schwesig



Hannelore Kraft

Der Sozialdemokrat fordert ein „Ende der Ego-Feier“

Nie in den vergangenen Jahrzehnten sei die Sozialdemokratie so dringend gebraucht worden wie heute, unterstrich **Erhard Eppler** und zog Parallelen zwischen dem Dresdener und dem Godesberger Parteitag der SPD. Die Sozialdemokratie sei besser als andere Parteien auf die Zukunft vorbereitet.

Vor genau 50 Jahren beschloss die SPD das Godesberger Grundsatzprogramm, das die Grundlage bildete für den Wandel von der Arbeiter- zur Volkspartei. Die Stimmung in der Partei sei damals ähnlich wie auf dem Dresdener Parteitag gewesen, erinnerte sich Eppler und beschrieb das Spannungsverhältnis zwischen dem, "was ist" und dem, "was sein soll". Im Ergebnis habe die SPD 1959 "die Fenster aufgemacht, und zwar für alle, und es kam frische Luft herein".

SPD wird dringend gebraucht

Eine ähnliche Aufbruchsituation sieht Eppler auch heute. Für die SPD aber auch darüber hinaus. Denn als einzige Partei in Deutschland habe die SPD die Irrtümer aus der in den vergangenen Jahren dominierenden marktradikalen Ideologie überwunden. Ihr komme die Aufgabe zu, den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsgedanken nicht in der Gesellschaftspolitik zuzulassen. "Wer hätte gedacht, 1959 oder zu Zeiten Brandts oder Schmidts dass wir das Solidarprinzip in der Krankenversicherung hätten verteidigen müssen?", fragte Eppler. "Wer hätte sich zu Zeiten Kohls vorstellen können, dass wir einmal die progressive Einkommenssteuer würden verteidigen müssen - ein Prinzip, dass sich in ganz Europa als selbstverständlich durchgesetzt hat?" Merkels geplanter Stufentarif, warnte Eppler, sei der Einstieg in die

sozial ungerechte Flat Tax. "Wenn man 60 Jahre lang versucht hat Politik zu machen und heute auf dieses Land sieht, muss man feststellen: Noch nie in diesen 60 Jahren hat dieses Land Sozialdemokratie dringender gebraucht als heute."



Kein Linksruck, sondern die Mitte der Gesellschaft

Die Sehnsucht der Menschen nach einer Alternative zum gescheiterten Marktradikalismus wächst, stellte Eppler fest. "Wir werden Alternativen zu diesem marktradikalen Denken formulieren, propagieren und durchsetzen müssen. Dann können die Zeitungen zehnmal schreiben, das sei ein Linksruck. Wir sind dann genau in der Mitte dieser Gesellschaft", bekräftigte der Sozialdemokrat unter dem Beifall der Delegierten.

"Wir wollen das Ende der Ego-Feier, das Ende des Homo Oeconomicus", fasste Eppler den sozialdemokratischen Auftrag zusammen. "Wir wollen zwar eine Wettbewerbswirtschaft, aber keine Wettbewerbsgesellschaft."

→ Die Rede von Erhard Eppler ist als Text und als Video abrufbar unter:

www.spd.de/de/aktuell/pressemitteilungen/2009/11/Rede-Erhard-Eppler-auf-dem-SPD-Bundesparteitag-am-15-November-2009-in-Dresden-.html

www.youtube.com/watch?v=8kV394VVWk&fmt=18



→ Eine DVD mit den vier wichtigsten Reden kann man für fünf Euro im SPD-Shop bestellen:

www.spd-shop.de

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Sigmar Gabriel

Parteivorsitzender der SPD

Biografie

Geboren am 12. September 1959 in Goslar; eine Tochter.

Beruflicher Werdegang

Besuch der Realschule und des Gymnasiums in Goslar; zweijähriger Grundwehrdienst; Studium an der Universität Göttingen für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Deutsch, Politik und Soziologie. Nach dem 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien von 1989-1990 Lehrer in der beruflichen Erwachsenenbildung im Bildungswerk der Niedersächsischen Volkshochschulen.

Politischer Werdegang

1976-1989 Kinder- und Jugendarbeit in der SPD-nahen Jugendorganisation Sozialistische Jugendorganisation Deutschlands „Die Falken“

seit 1977 Mitglied der SPD

1987-1998 Kreistagsabgeordneter des Landkreises Goslar (SPD)

1990 bis 2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtages für den Wahlkreis Goslar-Liepenburg

1991-1996 Vorsitzender des Umweltausschusses im Rat

der Stadt Goslar

1991-1999 Ratsherr der Stadt Goslar

1994-1997 Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

1996-1999 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus im Rat der Stadt Goslar

1997-1998 Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

1998-1999 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

12/1999-03/2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

12/1999-10/2005 Mitglied des SPD-Parteivorstandes

2003-2005 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

seit 2003 SPD-Bezirksvorsitzender Braunschweig

seit 2005 Mitglied des Bundestages

2005-2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

seit 11/2009 SPD Parteivorsitzender



10 persönliche Fragen an Sigmar Gabriel

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Willi Bleicher (ehemaliger IGM-Bezirksleiter und Häftling in Buchenwald) und Willy Brandt.

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Das Tor beim Fußball.

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Die offene See beim Segeln.

4. Deine Leidenschaften?

Die sieht man (leider).

5. Dein politisches Leitmotiv?

Es geht immer um die Menschen.

6. Dein Lieblingsfilm?

Die „Blues Brothers“.

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Blues und Rock 'n' Roll.

8. Wen oder was nimmst Du mit auf eine einsame Insel?

Die gesamte Chefredaktion der BILD-Zeitung. Dann ist sie endlich aus dem Verkehr gezogen.

9. Deine Lieblingsbücher?

Krimis von Henning Mankel.

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Über die gemeinsame Zeit mit guten Freunden aus den Falken und den unendlichen Blödsinn, den wir damals so angestellt haben.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009 und 2010

Die weiteren Sitzungswochen für **2009** sind die 46., 48., 49. und 51. Kalenderwoche. Die Sitzungswochen für das Jahr **2010** sind die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48., 50. Die Termine sind auch online abrufbar: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Konrad-Adenauer-Straße 1, Raum 7.340

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Anja Möbus

Internet-Homepage:
www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Tim Cremer, Assen Kochev

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Assen Kochev, Anja Möbus

Bildnachweis: Frank Risse (Seite 4), Marco Urban (Seiten 1, 12-16), Bundestag/Achim Melde (Seite 11), SPD-Bundestagsfraktion (Seite 6,17), SPD-Parteivorstand (Seite 3/17)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt.

Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de

